

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 17/454 und 17/1347)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 26.03.2014

**Geothermie-Demonstrationsprojekt Lüneburger Heide unterstützen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/454

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/1347

Der Landtag hat in seiner 31. Sitzung am 26.03.2014 folgende Entschließung angenommen:

**Leuchtturmprojekt für die Tiefengeothermie etablieren - Unterstützung der Bundesregierung einfordern**

Die Energiewende ist eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Hierbei kann auch die Tiefengeothermie als grundlastfähige Energieform eine erhebliche Rolle spielen. Geothermie führt nicht zur Erzeugung von CO<sub>2</sub>, ist unabhängig vom Wetter und jederzeit verfügbar. Sie speist sich aus der Wärme, die in den tiefen Erdschichten nahezu unbegrenzt zur Verfügung steht. Das macht sie zu einem potenziellen Baustein im Energiemix der Zukunft und zu einer Ressource, deren Nutzung zu einer zukunftssicheren, effizienten Wärme- und Stromversorgung beitragen kann. Tiefengeothermie ist unabhängig von fossilen Brennstoffen und kann einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten.

In Munster ist ein Tiefengeothermieprojekt geplant, das zu einem Leuchtturmprojekt werden kann. Es bietet die Chance, der Geothermie in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen und Niedersachsen hier in eine Vorreiterrolle zu bringen. Vorhabenträger ist die Projektgesellschaft HeideGeo & Co. KG, ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Munster-Bispingen GmbH.

Für die Projektdurchführung wird eine Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit angestrebt, eine entsprechende Projektskizze ist eingereicht worden. Um das Projekt realisieren zu können, muss der Projektträger die Abnahme der produzierten Wärme sicherstellen. Ein potenzieller Hauptabnehmer am Standort Munster ist die Bundeswehr. Bislang konnte jedoch bezüglich einer Abnahmegarantie keine Einigung erzielt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich bei der zuständigen Bundesministerin dafür einzusetzen, dass sich die Bundeswehr zu dem Projekt bekennt und intensiv prüft, wie ein entsprechender Vertrag mit den Stadtwerken Munster-Bispingen abgeschlossen werden kann.